

Dziedzic zu Gewalt an Frauen: Kanzler Kurz muss Sofortmaßnahmen setzen

Utl.: Grüne: Gewaltanstieg an Frauen in Österreich ist alarmierend =

Wien (OTS) - "Selbst in einem sicheren Land wie Österreich ist Gewalt an Frauen und Mädchen ein allgegenwärtiges Problem. Derzeit lässt sich ein alarmierender Abwärtstrend feststellen: Mit 32 ermordeten Frauen seit Anfang 2018 liegt Österreich momentan an Europas Spitze. 77 Morde bzw. Mordversuche an Frauen gab es in Österreich allein im Jahr 2017. Fast zwei Drittel aller 42.079 Anzeigen wegen Tötung, Körperverletzung, sexueller Übergriffe und Raub standen in Zusammenhang mit Beziehungstaten", sagt Ewa Dziedzic, Bundesrätin und Sprecherin der Grünen Frauen Österreich.

"Anstatt entgegen zu steuern und endlich konkrete Maßnahmen zu setzen, nimmt die türkisblaue Regierung noch Kürzungen von Fördermitteln für wichtige Einrichtungen und Mechanismen im Bereich Gewaltschutz und Frauenberatung vor. Dabei wären eine Aufstockung der Mittel für eine effektive Gewaltprävention, die finanzielle Absicherung von Opferschutzeinrichtungen und ein Ausbau von Bewusstseinskampagnen und Programmen zur opferschutzorientierter Täterarbeit dringend notwendig", ist sich Dziedzic sicher. Sie prangert das Wegschauen der Regierung an: Bis heute fehlt es laut der Bundesrätin an Frauenhausplätzen, vor allem in ländlichen Gebieten sind Frauenhäuser oft unterfinanziert oder gar nicht vorhanden. "Anstatt in Polizeipferde, sollte in Prävention gegen Gewalt investiert werden. Wenn die zuständigen Minister wegschauen, muss sich der Kanzler selbst endlich aktiv werden."

Die Grünen erinnern anlässlich der Kampagne "16 Tage gegen Gewalt" daran, dass Gewalt an Frauen und Mädchen weltweit die häufigste Menschenrechtsverletzung ist. Sie passiert in vielen Formen und in allen Kontexten - zu Hause, am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit und im Internet. Damit Bewusstsein dafür geschaffen wird, starten am 25. November die „16 Tage“ - eine jährliche Kampagne zwischen dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und dem Internationalen Tag für Menschenrechte (10. Dezember). Im Zuge dessen finden auf der ganzen Welt Aktionen statt, um die Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren und ein Zeichen der Solidarität mit betroffenen Frauen zu setzen.

Für Dziedzic ist unbestritten: "Jeder Mensch hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben ohne Gewalt. Frauen und Mädchen ausreichend zu schützen ist Aufgabe der Gesellschaft und vor allem des Staates. Es braucht einen Grundkonsens in der Bevölkerung, dass jegliche Übergriffe und Belästigungen absolut nicht zu tolerieren sind. Dafür muss ein konsequenter Einsatz gegen sexualisierte Gewalt jeglicher Art endlich Priorität haben. Dafür müssen sich besonders jetzt ÖVP und FPÖ einsetzen. Von Schutz zu schwadonieren und nichts dafür tun, ist letztklassig."

~

Rückfragehinweis:

Die Grünen
presse@gruene.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/14446/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0103 2018-11-23/11:25

231125 Nov 18

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181123_OTS0103